

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 26. Januar 2017, 16.00 – 18.30 Uhr
Sitzungsort Saal Egli
Vorsitz Jürg Luthiger

PROTOKOLL NR. 369

Anwesend	28 Einwohnerratsmitglieder	Entschuldigt	- Bider Markus
	5 Gemeinderatsmitglieder		- Rösli Schuler Claudia
	1 Gemeindeschreiber		- Wyss Rita, anwesend ab 18.00 Uhr

Traktandenliste

- | | |
|--|----------|
| 1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes | Seite 3 |
| 2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission | Seite 3 |
| 3. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission | Seite 3 |
| 4. Ersatzwahl einer Stimmzählenden-Stellvertretung | Seite 4 |
| 5. Wahl der Urnenbüromitglieder sowie aus deren Mitte die Präsidentin oder den Präsidenten | Seite 4 |
| 6. Bericht und Antrag Nr. 1581 Gemeindeinitiative "Preisgünstiger Wohnraum in Horw"; Rechtmässigkeit und materielle Behandlung | Seite 5 |
| 7. Bericht und Antrag Nr. 1582 Anschubfinanzierung nextbike | Seite 10 |
| 8. Fragestunde | Seite 21 |
| 9. Postulat Nr. 2016-669 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Nachhaltige Entwicklung Seefeld – Gesamtbetrachtung | Seite 21 |
| 10. Postulat Nr. 2016-670 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Überdachung Bushaltestelle Langensand | Seite 22 |
| 11. Postulat Nr. 2016-671 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Bebauungsplan Winkel - wie weiter? | Seite 22 |

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Gratulationen

Im Dezember durfte ich zu 23 hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

14. Januar 2017: Inthronisation Eglivater Harry I.
24. Januar 2017: Generalversammlung des Quartiervereins Oberdorf

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung ist der Bericht und Antrag Nr. 1579, Budget 2017, in Rechtskraft erwachsen.

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurde einer Frau sowie einer dreiköpfigen Familie aus Spanien, einer Frau aus Deutschland und einem Mann aus Eritrea das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

Protokolle

Gegen die Protokolle Nrn. 367 und 368 der Sitzungen vom 25. Oktober und 24. November 2016 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Die Protokolle sind somit genehmigt.

Neueingänge

25. November 2016: Interpellation Nr. 2016-667 von Mario Schenkel, FDP, und Mitunterzeichnenden: Erwerbstätigkeit oder andere sinnvolle Beschäftigung und Integration von Asylsuchenden, Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen
28. November 2016: Postulat Nr. 2016-671 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Bebauungsplan Winkel - wie weiter?

Mitteilungen

Termindateien

Auf Anregung des Büros haben Sie eine Excel-Datei mit sämtlichen Terminen 2017 des Einwohnerrates erhalten. Es sind ausschliesslich Termine für den Outlook-Kalender, ein anderes Format wird nicht bereitgestellt. Aufgrund der positiven Rückmeldungen wird der Versand der Termine auch in Zukunft erfolgen.

Rückmeldung zum Budget 2017

Die BVK hat zur Sanierung vom Kirchfeld - Haus für Betreuung und Pflege den Auftrag erhalten, mit den Verantwortlichen im Rahmen einer separaten Sitzung die geplanten Arbeiten zu beurteilen und freizugeben. Ich habe vom Präsidenten der BVK einen Bescheid erhalten, dass gewisse Beschlüsse gefasst wurden. Für weitere Auskünfte fragen Sie bitte die Mitglieder der BVK.

Rita Sommerhalder, CVP, ist per Ende Dezember 2016 als Einwohnerrätin zurückgetreten. Aufgrund ihrer Demission müssen folgende Ersatzwahlen, die heute nicht traktandiert sind, vorgenommen werden:

- Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission
- Ersatzwahl einer Stimmzählenden-Stellvertretung

Gegen die Behandlung der Geschäfte als Traktandum 3 und 4 wird nicht opponiert.

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes

Christoph Kalbermatten, CVP, wird als Mitglied des Einwohnerrates vereidigt. Er legt den Eid ab.

2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission

Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Christoph Kalbermatten als Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission vor.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	25
Absolutes Mehr	13

Gewählt ist Christoph Kalbermatten, CVP, mit 25 Stimmen.

3. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Jürg Luthiger als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	27
Absolutes Mehr	14

Gewählt ist Jürg Luthiger, CVP, mit 27 Stimmen.

Roger Eichmann
(CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Roger Eichmann
(CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

4. Ersatzwahl einer Stimmzählenden-Stellvertretung

Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Christoph Kalbermatten als Stimmzähler-Stellvertreter vor.

Roger Eichmann
(CVP)

Wahlergebnis:

Jürg Luthiger (CVP)

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	26
Absolutes Mehr	14

Gewählt ist Christoph Kalbermatten, CVP, mit 26 Stimmen.

5. Wahl der Urnenbüromitglieder sowie aus deren Mitte die Präsidentin oder den Präsidenten

Der Wahlvorschlag wurde Ihnen vom Gemeinderat mit Schreiben vom 15. Dezember 2016 zugestellt. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Jürg Luthiger (CVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	27
Absolutes Mehr	14

Alle Urnenbüromitglieder sowie die Präsidentin und die Vizepräsidenten werden gemäss Vorschlag mit 27 Stimmen gewählt. Es sind dies:

- Buholzer-Britschgi Clara, Schulhausstrasse 8, Horw, Präsidentin, CVP
- Stohler Peter, Herrenwaldweg 15, Horw, Vizepräsident, L2O
- Röllli Urs, Sonnsyterain 31, Horw, Vizepräsident, FDP
- Bühlmann Roland, Kantonsstrasse 85, Horw, Vizepräsident, SVP
- Arnet-Friedli Esther, Schiltmatthalde 4, Horw, Mitglied, FDP
- Arnet Raphael, Schiltmatthalde 4, Horw, Mitglied, FDP
- Berz Salome, Brunnmattstrasse 16, Horw, Mitglied, L2O
- Buholzer-Stierli Beatrice, Steinenstrasse 2, Horw, Mitglied, FDP
- Bünter Nerina, Underschwändliweg 1, Horw, Mitglied, L2O
- Burri Elsbeth, Neumattstrasse 2, Horw, Mitglied, CVP
- Castagnoli Margrit, Brunnmattstrasse 18, Horw, Mitglied, SVP
- Dillier Michèle, Brändiweg 10, Horw, Mitglied, CVP
- Dürler-Wyss Luzia, Berghof, Kastanienbaum, Mitglied, CVP

- Eberhard Reto, Zumhofstrasse 1, Horw, Mitglied, SVP
- Eichmann Roland, Stutzrain 22, St. Niklausen, Mitglied, CVP
- Eichmann-Hofstetter Ruth, Stutzrain 22, St. Niklausen, Mitglied, CVP
- Felder-Hilty Alma, Bifangstrasse 8, Horw, Mitglied, CVP
- Felder Rudolf, Bifangstrasse 8, Horw, Mitglied, CVP
- Furrer Mirjam, Wegmattring 7, Horw, Mitglied, L2O
- Garbani Laura, Stirnrütistrasse 35, Horw, Mitglied, L2O
- Grisiger-Mosimann Margrit, Grüneggstrasse 30, Luzern, Mitglied, CVP
- Hättenschwiler Walter, Brunnmattstrasse 18, Horw, Mitglied, SVP
- Kämpf Sylvina, Steinenstrasse 6, Horw, Mitglied, SVP
- Kehrlı Arlette, Altsagenring 7, Horw, Mitglied, SVP
- Koch Annina, Zihlmattweg 31, Luzern, Mitglied, L2O
- Kreienbühl Céline, Stirnrütistrasse 39, Horw, Mitglied, CVP
- Luthiger Jonas, Dormenstrasse 27, Horw, Mitglied, CVP
- Marchina-Catenazzi Bianca, Technikumstrasse 9, Horw, Mitglied, SVP
- Mieschbühler Pius, Roseneggweg 6, Luzern, Mitglied, FDP
- Muri-Segler Claudia, Krienserstrasse 8, Horw, Mitglied, SVP
- Palmito-Luthiger Gabriela, Dormenstrasse 3, Horw, Mitglied, L2O
- Palmito Erazo Nadja, Dormenstrasse 3, Horw, Mitglied, CVP
- Pieper Friedhelm, Gemeindehausplatz 2, Horw, Mitglied, FDP
- Pieper Jessica, Gemeindehausplatz 2, Horw, Mitglied, FDP
- Röllı Raphael, Sonnsyterain 31, Horw, Mitglied, FDP
- Scherer-Fischer Susanne, Neumattweg 6, Horw, Mitglied, FDP
- Schumacher-Meier Mirjam, Oberfondlen, Horw, Mitglied, CVP
- Schwegler Adriana, Rämسیweg 1, Horw, Mitglied, L2O
- Schwegler Charlotte, Winkelstrasse 25, Horw, Mitglied, L2O
- Scognamiglio Paolo, Gemeindehausplatz 2, Horw, Mitglied, L2O
- Stalder Luca, Stirnrütistrasse 40 Horw, Mitglied, L2O
- Stalder Flavia, Stirnrütistrasse 40 Horw, Mitglied, L2O
- Wirz Marcel, Technikumstrasse 7, Horw, Mitglied, FDP
- Ziegler-Hüppi Jasmin, Rämسیweg 6, Horw, Mitglied, SVP
- Zimmermann Bruno, Kantonsstrasse 106, Horw, Mitglied, SVP

6. Bericht und Antrag Nr. 1581 Gemeindeinitiative "Preisgünstiger Wohnraum in Horw"; Rechtmässigkeit und materielle Behandlung

Eintreten GPK

Wir entscheiden heute, ob wir eine rechtlich gültige Initiative annehmen oder ablehnen. Bei Annahme der Initiative beauftragen wir den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines Reglementes, das dann vom Einwohnerrat beraten wird. Wenn wir die Initiative ablehnen, wird es eine Volksabstimmung geben, um zu entscheiden, ob ein Reglement erstellt werden soll oder nicht. Somit geht es heute ausschliesslich darum, ob wir die Erarbeitung eines Reglementes beantragen und wenn ja, welche Rahmenbedingungen wir dem Gemeinderat für die Erarbeitung mitgeben.

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Initiative für gültig erklärt werden soll. An dieser Stelle darf ich auch sagen, dass das Thema "preisgünstiger Wohnraum" bereits seit Langem von verschiedenen Parteien als wichtiges Thema mit Vorstössen bearbeitet worden ist.

Hannes Koch (L2O)

Zu diskutieren gab der Detaillierungsgrad des auszuarbeitenden Reglementes. Zwei Siebtel der GPK sind Meinung, dass der Gemeinderat die Initiative nicht annehmen und auch kein Reglement erarbeiten soll. Fünf Siebtel sind der Meinung, dass ein Reglement erarbeitet werden soll und in dem Zusammenhang sind sogar fünf Siebtel der Meinung, dass bereits Aussagen im Bericht und Antrag präzisiert werden sollen.

Die GPK ist einstimmig für Eintreten und mehrheitlich für die Zustimmung zu den Anträgen.

Eintreten BVK

In der BVK ist die Initiative für preisgünstigen Wohnraum unbestritten. Wir sind einstimmig für Eintreten und Annahme von allen Anträgen.

Andrea Hocher (CVP)

Eintreten GSK

Die GSK hat an ihrer Sitzung die Gemeindeinitiative eingehend besprochen. Grundsätzlich geht es nur um die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Initiative, also Annahme oder Nichtannahme. Aus Sicht der GSK ist die Diskussion gültig oder ungültig obsolet, denn die formalen Voraussetzungen der Initianten sind erfüllt. Wir gehen davon aus, dass ein dementsprechendes mehrheitsfähiges Reglement ausgearbeitet wird, in welchem die Voraussetzungen zum Bezug der Wohnungen klar geregelt sind und das dann zeitgemäss dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Jörg Conrad (SVP)

In diesem Sinne ist die GSK einstimmig für Eintreten und Annahme der Initiative.

Eintreten CVP

Vor knapp einem Jahr haben wir die Gemeindeinitiative "Preisgünstiger Wohnraum in Horw" lanciert. Innerhalb weniger Wochen ist es uns gelungen, 599 gültige Unterschriften zu sammeln. Das zeigt klar, dass die Förderung von preisgünstigem Wohnraum ein wichtiges Anliegen der Horwer Bevölkerung ist.

Ivan Studer (CVP)

Preisgünstiger Wohnraum ist knapp in Horw und dessen Förderung ein zentrales Anliegen der CVP. Schon seit Jahren setzt sich die CVP dafür mit mehreren Vorstössen im Einwohnerrat ein und wenn man noch weiter zurückschaut, waren CVP-Exponenten aktiv am Aufbau der Horwer Baugenossenschaften beteiligt.

Mit dem B+A Nr. 1544, Planungsbericht Wohnraumpolitik, hat uns der Gemeinderat in umfassender Art und Weise Möglichkeiten zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum aufgezeigt. Die Initiative fordert den Gemeinderat auf, Förderungsmassnahmen in einer verbindlichen Art und Weise umzusetzen. Wir haben die Initiative bewusst offen formuliert. Das gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, aufgrund der gemachten Erfahrungen und Analysen die besten Förderungsmassnahmen umzusetzen. Bei der Umsetzung der Initiative muss ein spezielles Augenmerk auf junge Familien mit mittlerem Einkommen gerichtet werden. Gerade für dieses Segment ist es sehr schwer, in Horw bezahlbaren Wohnraum zu finden. So sind in den letzten Jahren mehr junge Familien von Horw weggezogen. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, sind Familien doch das Rückgrat unserer Gesellschaft und für Vereine und ein aktives Gemeindeleben unverzichtbar.

Die CVP-Fraktion begrüsst den Vorschlag vom Gemeinderat, ein Reglement auszuarbeiten. Wir werden bei der Umsetzung darauf achten, dass konkrete und verbindliche Ziele festgehalten werden und die genaue Umsetzung definiert wird. Wir danken dem Gemeinderat für die positive Aufnahme unserer Initiative und den vorliegenden B+A. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und positive Kenntnisnahme.

Eintreten L2O

Das Thema war schon immer ein Anliegen der L2O und wir unterstützen deshalb gerne die Initiative der CVP. Gemäss Initiative sollen der Erhalt und die Förderung von preisgünstigem Wohnraum in der Gemeinde Horw gesetzlich verankert werden. Es soll unter anderem ein Schutz des bestehenden Angebotes gewährleistet werden. Leider betrifft preisgünstiger Wohnraum oft eher sanierungsbedürftige und schlecht isolierte Wohnungen. Die hohen Nebenkosten werden dann einfach auf die Mieter abgewälzt. Es lohnt sich also für den Eigentümer nicht, umweltfreundlich zu denken. Vielleicht kann die Gemeinde da mit neuen Ideen Anreize schaffen.

Preisgünstiger Wohnraum befindet sich in Horw vor allem in den Quartieren Riedmatt, Steinenstrasse und Seefeld. In diesen Quartieren lässt die architektonische Qualität zu wünschen übrig. Ein gutes Erscheinungsbild muss nicht teuer sein, es braucht dafür viel Sensibilität und Architekturbüros mit innovativen neuen Ideen, die auch fähig sind, mit günstigen Baumaterialien gut zu bauen. Die Gemeinde könnte z.B. auch mit der Hochschule Luzern - Technik & Architektur zusammenarbeiten und Studenten bei einem Projekt miteinbeziehen. Bald wird eine neue Gesamtplanung im Talboden Horw gestaltet und ausgeführt. Da könnten z.B. mehrere kleine Zonen als Quartier mit gesunder Durchmischung für Studenten, junge Familien mit Kindern und betreutes Wohnen für ältere Menschen definiert werden. Es könnten auch gemeinnützige Wohnbauten erstellt werden, preisgünstig, mit sozialen Bedingungen und einer hohen städtebaulichen Qualität.

Die L2O ist gerne mit neuen Ideen dabei und unterstützt die Ausarbeitung eines neuen Reglementes. Wir sind für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1581.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion hat den B+A angeregt und kontrovers beraten. Um eine gesellschaftlich durchmischte Bevölkerungsstruktur zu erhalten besteht die Notwendigkeit, Wohnungsbau nicht nur im Hochpreissegment, sondern auch preisgünstigen Wohnraum anzubieten. Nur, das ist so eine Sache.

Im Planungs- und Baugesetz steht im § 36, dass die Gemeinden im Bau- und Zonenreglement allgemeine Bau- und Nutzungsvorschriften für das ganze Gemeindegebiet erlassen und spezielle Bau- und Nutzungsvorschriften für die einzelnen Zonen sowie notwendige und nach § 112a zulässig, insbesondere Vorschriften über preisgünstigen Wohnungsbau.

Mit der letzten Ortsplanungsrevision hat die Kommission das ernst genommen und spezielle Gebiete ausgeschieden, die grundsätzlich geschaffen wurden. Es wurden Zonen für eine verdichtete Bauweise in den Gebieten Brändi, Wegscheide, Bachstrasse, Wegmattring ausgeschieden. Die FDP ist gegen ein Reglement. Sollte die heutige Debatte ergeben, dass ein Reglement auszuarbeiten ist, ist es angebracht, dass wir heute auch die genauen Inputs für das Reglement geben. Weiter sind wir der Meinung, dass eine Kommission nötig ist, die das Reglement erstellt. Vor allem ist aber schwierig zu definieren, in welchem Fall von preisgünstigem Wohnraum gesprochen werden kann. Unter der Definition "preisgünstig habe ich gefunden: nicht teuer, wohlfeil, günstig, gering, erschwinglich, billig, bezahlbar, preiswert im Verhältnis zu. Schnell einmal stellt sich die Frage, was günstig ist oder wer von günstigem Wohnraum profitieren darf. Meggen z.B. setzt auf ein Vier-Säulen-Prinzip mit Alterswohnungen, gemeinnützigem Wohnungsbau, Förderung von Wohneigentum und Wohnbaugenossenschaften. Eine Vermischung mit dem Reglement Gemeinde- bzw. Mietzinsbeihilfen sehen wir nicht. Wenn schon, müsste es ein separates Reglement geben.

Pia Koefoed (L2O)

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Die FDP ist im Grundtenor nicht für eine Überregulierung. Die FDP ist für eine gezielte Förderung, die FDP ist für messbare Fakten und die FDP ist dafür, dass der Staat nicht zu weit in das persönliche Recht eingreift und jeder mit seinem Grundeigentum machen kann was er will. Es ist eher Sache der Gemeinde, solche Sachen zur Verfügung zu stellen. Ich habe einmal geschaut, wer in Horw preisgünstigen Wohnraum anbietet, das ist z.B. der Verein Studentisches Wohnen StuWo, der u.a. eine 3-Zimmer-Wohnung in Horw für 1'300 Franken inkl. Nebenkosten vermietet. Das wird nur unterboten durch Emmen, wo eine Dachwohnung für 900 Franken ausgeschrieben ist.

Ist es nicht Sache der Wohnbaugenossenschaften, preisgünstigen Wohnraum anzubieten? Im Leitbild der Baugenossenschaft Pilatus kann man lesen: "Die Baugenossenschaft Pilatus Horw will im sozialen Wohnungsbau tätig sein. Mit dem Bau und dem Erwerb von preiswertem und familienfreundlichem Wohnraum soll dieses Ziel erreicht werden." Bei der Baugenossenschaft Familie habe ich gelesen: "...hat zum Ziel, Familien und auch älteren Personen preisgünstigen Wohnraum anzubieten." Bei der Baugenossenschaft Steinengrund heisst es: "...gegründet um zinsgünstige Wohnungen vermieten zu können."

Ein Zeichen können wir setzen, indem wir auf gemeindeeigenen Grundstücken an entsprechender Lage preiswerte Wohnungen anbieten. Die FDP ist für Eintreten auf den B+A und Kenntnisnahme der Initiative, aber gegen ein Reglement.

Eintreten SVP

Preisgünstiger Wohnraum ist politisch hoch im Kurs. Das Thema beschäftigt die Bevölkerung und uns lokalen Politiker und kommt tatsächlich nicht von irgendwo. Ob die Lösungssuche nun aber von einer Volksinitiative her kommen muss, sei dahingestellt. Das Anliegen der vorliegenden Initiative erscheint jedenfalls nicht von vornherein als aussichtslos oder unbegründet. Ihre Gültigkeit stellt die SVP-Fraktion daher nicht in Frage. Wir sind für Annahme der Initiative und auch mit dem Vorschlag des Gemeinderates, innert Jahresfrist ein Reglement mit weiteren Einzelheiten auszuarbeiten, einverstanden. Dieses Reglement soll dann Ziele und Zweck umschreiben. Heute ist dafür nicht der richtige Zeitpunkt. Es ist noch festzuhalten, wie der angestrebte preisgünstige Wohnraum in unserer Gemeinde konkretisiert werden soll, für wen er angeboten werden soll und was unter dem Stichwort "preisgünstiger Wohnraum" wirklich zu verstehen ist. Allfälligen Anträgen aus der GPK wird die SVP daher nicht zustimmen. Vielmehr wird ein schlankes und griffiges Reglement gewünscht, das auch überprüft, ob bestehende gesetzliche Grundlagen integriert oder als Folge des Reglementes aufgehoben werden können. Es so wenig wie möglich und nur so viel wie notwendig zu regulieren.

Der Einwohnerrat soll sich heute für die Initiative aussprechen, damit sie an die Gemeindeverwaltung übergeht und diese soll ein Reglement ausarbeiten. Eine Spezialkommission ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Und wenn wir dann schon mit dem preisgünstigen Wohnraum innert Jahresfrist vorwärts machen, würde es die SVP-Fraktion sehr begrüßen, wenn analog auch für das lokale Gewerbe preisgünstiger Gewerberaum vorgesehen wird. Zusammenfassend ist unsere Fraktion aber für Eintreten auf den B+A Nr. 1581 und antragsgemässe Beschlussfassung.

Besten Dank den Kommissionen und Fraktionen, dass sie sich mit dem B+A auseinandergesetzt haben.

Eine Initiative ist ein demokratisches Mittel und wenn sie zustande kommt, haben das Parlament und der Gemeinderat die Aufgabe, sich damit zu befassen. Im vorliegenden Fall ist es so, dass wir vom Prozess her heute zwei Sachen machen müssen, nämlich darüber befinden, ob die Initiative gültig ist oder nicht und wenn sie gültig ist, müssen wir darüber befinden, ob wir sie annehmen oder ablehnen wollen. Es gibt einige formelle

Reto von Glutz (SVP)

Thomas Zemp (CVP)

Sachen, die ich aus der Diskussion vorher gehört habe, die man noch genau im Detail anschauen müsste. Wenn die Initiative für gültig erklärt wird, muss man dem Gemeinderat auch den Auftrag geben, eine referendumsfähige Vorlage zu erarbeiten. Betreffend einer allfälligen Kommission möchte ich darauf hinweisen, dass es im Namen der Gewaltentrennung so vorgesehen ist, dass der Gemeinderat in seiner Funktion als Exekutive den Auftrag hat, das Geschäft auszuarbeiten und erst wenn das geschehen ist, geht es als Geschäft in das Parlament und dann ist es dem Rat selbstverständlich unbenommen, eine Kommission einzusetzen, die das Geschäft berät. Ich bin aber sehr froh, wenn der Rat im Rahmen der Detailberatung dem Gemeinderat Aufträge überweist, sinnvollerweise in Form von Bemerkungen, über die der Rat abstimmt. Dann sehen wir, ob das eine mehrheitsfähige Bemerkung ist oder nicht und werden das bei der Erstellung des Reglementes gerne berücksichtigen.

Detailberatung

6 Weiteres Vorgehen formell /materiell

Im dritten Absatz heisst es: "Dieses Reglement wird.... Massnahmen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum aufzeigen und allenfalls auch eine Zielsetzung enthalten." Der GPK ist das zu wenig präzise und stellt darum folgenden Antrag auf Bemerkung: "Das vom Gemeinderat vorzulegende Reglement zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum hat konkrete und messbare Zielsetzungen zu enthalten."

Hannes Koch (L2O)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: "Das vom Gemeinderat vorzulegende Reglement zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum hat konkrete und messbare Zielsetzungen zu enthalten."

Jürg Luthiger (CVP)

Dem Antrag wird mit 13:12 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Die GPK stellt einen zweiten Antrag auf Bemerkung, und zwar geht es uns darum, dass Abklärungen gemacht werden, ob ein sachlicher Zusammenhang mit dem Reglement Gemeinde- bzw. Mietzinsbeihilfen besteht und ob es sinnvoll ist, diese in das Reglement zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum einzubinden.

Hannes Koch (L2O)

Die FDP sieht keinen Zusammenhang und unterstützt deshalb den Antrag nicht. Man sollte die Mietzinsbeihilfen nicht mit preisgünstigem Wohnungsbau vermischen.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Es sind zwei Themen, das ist eindeutig, aber es geht um Wohnungen und es geht schlussendlich um Geld und wer die Wohnungen bekommt. Darum hält es die GPK für richtig, das mindestens zu prüfen. Man kann bei der Prüfung ja zu dem Schluss kommen, dass es nichts miteinander zu tun hat.

Hannes Koch (L2O)

Wir haben uns das auch überlegt und wir werden das auch prüfen. Es gibt einen sachlichen Zusammenhang. Bei den Mietzinsbeihilfen handelt es sich um eine Subjektfinanzierung, beim anderen wird ein Stück weit nach dem Giesskannenprinzip finanziert. Wenn nicht beides in einem Reglement Platz hat, liegt es vielleicht eher daran, dass es verschiedene Flughöhen sind. Ein Reglement über Wohnbauförderung würde grundsätzlich über die Instrumente diskutieren, und Mietzinsbeihilfen sind tatsächlich ein Instrument. Aber wir können prüfen, ob man das einbinden kann und dann hätten wir auch ein Reglement weniger.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: "Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob ein sachlicher Zusammenhang mit dem Reglement Gemeinde- bzw. Mietzinsbeihilfen besteht und ob es sinnvoll ist, diese in das Reglement zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum einzubinden."

Dem Antrag wird mit 18:7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Abstimmung Beschluss:

1. Die Gemeindeinitiative "Preisgünstiger Wohnraum in Horw" wird einstimmig für gültig erklärt.
2. Die Initiative wird mit 19:6 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.
3. Der Gemeinderat wird mit 19:7 Stimmen beauftragt, innerhalb eines Jahres ein Reglement zum "Preisgünstigen Wohnraum in Horw" zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1581, Gemeindeinitiative "Preisgünstiger Wohnraum in Horw"; Rechtmässigkeit und materielle Behandlung, wird mit 19:7 Stimmen zugestimmt.

7. Bericht und Antrag Nr. 1582 Anschubfinanzierung nextbike

Eintreten GPK

Die GPK hat den B+A zur Anschubfinanzierung nextbike mehrheitlich positiv aufgenommen. Grundsätzlich halten wir nextbike für ein geeignetes Vorhaben, um den Langsamverkehr in Verbindung mit der Idee von Sharing-Economy zu fördern. Es ist aber auch ein Gesundheits- und last but not least ein soziales Projekt, können so doch Erwerbslose einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen. Nextbike funktioniert bereits in Luzern und Hergiswil gut. Damit das Unternehmen aber "zum Fliegen" gekommen ist, waren Massnahmen zur Erhöhung des Bekanntheitsgrads und eine entsprechende finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand nötig. Jetzt geht es darum, die Achse bis Hergiswil und weiter nach Stans zu festigen. In dieser Kette ist Horw quasi noch die fehlende Perle. Neben den eingangs erwähnten guten Gründe für eine Unterstützung von nextbike geht es jetzt auch darum, dass wir mit den umliegenden Gemeinden zusammenarbeiten und unseren Beitrag für eine gute Sache leisten, damit sich nextbike zu einem selbsttragenden Angebot entwickeln kann.

Die Mehrheit der GPK kann den Argumenten folgen und unterstützt eine auf drei Jahre beschränkte finanzielle Unterstützung. Das umso mehr, da sich die Kosten in Grenzen halten.

Eine Kommissionsminderheit ist hingegen gegen eine Anschubfinanzierung durch die öffentliche Hand und der Meinung, dass man die Initiative der Privatwirtschaft überlassen soll. Die Kommissionsminderheit ist auch der Überzeugung, dass der Umstieg auf den Langsamverkehr ohnehin stattfinden wird und man der Eigeninitiative der Bevölkerung vertrauen darf. Alles in allem ist die GPK für Eintreten und mehrheitlich für die Annahme vom B+A Nr. 1582.

Jürg Luthiger (CVP)

Urs Manser (CVP)

Eintreten BVK

Die Meinung der BVK zur Anschubfinanzierung nextbike war keineswegs schnell gemacht. Aspekte, die dafür sprechen wurden diskutiert:

- Nextbike ist eingebunden in die Achse des bestehenden Angebots zwischen Luzern und Hergiswil.
- Imageschaden für Horw, wenn wir uns wieder von einer kooperativen Haltung i.S. Velo distanzieren.
- Der soziale Beitrag mit der Caritas und den Arbeitsgelegenheiten wurde als sehr positiv eingeschätzt.
- Die Möglichkeit, ein Mitarbeiterrad für die Gemeinde zur Verfügung zu haben.
- Günstige und wirksame Werbeflächen für das lokale Horwer Gewerbe.
- Gelegenheit für Hotels, für Gäste Räder zur Verfügung zu stellen

Schliesslich haben aber trotz allem folgende negativen Aspekte zu einer mehrheitlichen Ablehnung geführt:

- Nextbike ist als Franchisegeber mit Sitz in Dresden nicht lokal verankert.
- Das Standortangebot in Kiew und Kuwait ist eher selten nutzbringend.
- Bei der App kann man die Option Schweiz nicht einmal auswählen.
- In der Schweiz sind nur Luzern, Hergiswil und Sursee mit nextbike unterwegs. Zürich, Bern und andere haben andere Anbieter.
- Die Bikes mit nur drei Gängen und schweren Rahmen sind in unserem hügeligen Gelände nur für ganz toughe Velofahrer zu gebrauchen.
- Die heute schon bestehenden Angebote werden kaum genutzt.
- Man kann sich schwer vorstellen, wer denn das Angebot in Horw in Zukunft tatsächlich intensiver nutzen könnte; Pendler haben sicher eigene Räder.
- Die Räder sind nicht reservierbar.
- Die Räder stehen im Winter nicht zur Verfügung.
- Es wird viel öffentlicher Velo-Raum mit nicht eben schönen, werbeflächentragenden Rädern vollgestellt.
- Der ökologische Mehrwert wird durch die hohen Unterhaltsfahrten wohl kompensiert.

Insgesamt ist es nach einer längeren Diskussion von Pro und Contra zu einer mehrheitlichen Ablehnung des an sich mit sympathischen Aspekten tragenden Projektes gekommen. Der Empfehlungsentscheid der BVK ist darum mehrheitlich ablehnend. Die BVK ist aber für Eintreten auf den B+A Nr. 1582.

Eintreten CVP

Als Fraktion sind wir der Meinung, dass rationale Argumente in diesem Fall ein bisschen weniger gewichtet werden sollen, geht es doch in erster Linie um das Image der Gemeinde Horw.

Der Aspekt für gesunde Mobilität und der soziale Gedanke erscheinen uns wichtig. Von anderen Sharing-Angeboten weiss man, dass nur wenig Nutzer aus monetären Gründen partizipieren - ausschlaggebender sind ökologische oder auch moralische. Zurzeit findet in unserer Gesellschaft ein Umdenken statt. Der Konsum verändert sich, Sachen möchten genutzt, aber nicht besessen werden. Für die Generation in meinem Alter ist zu viel zu besitzen nicht mehr nur Status, sondern auch eine Last, denn Eigentum verpflichtet auch. Es bindet die Mobilität und schränkt auch die Freiheit ein. Trotzdem möchte die Generation Y, wie sie auch überall genannt wird, nicht verzichten. Mit dem Angebot von nextbike könnten so die verschiedensten Wünsche vereint werden. Teilen, aber nicht besitzen, zur Gesundheitsförderung beitragen, das soziale Engagement fördern, mobil sein und trotzdem ökologisch vorwärtskommen.

Peter Bucher (L2O)

Esther Dissler (CVP)

Wir kommen zum Schluss, dass wir als Gemeinde wenig verlieren, aber sehr viel gewinnen können, wenn wir die nächsten drei Jahre die Anschubfinanzierung für nextbike unterstützen. Bei der Beratung werden wir betreffend den Standorten und der Werbung einen Antrag auf Bemerkung stellen. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zum B+A Nr. 1582.

Eintreten L2O

Die L2O ist für Eintreten auf das Geschäft Anschubfinanzierung nextbike und Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderates. Für die L2O sprechen zwei Gründe für die Investition.

1. Es ist im öffentlichen Interesse urbaner Gebiete wie Horw. Horw muss sich langsam mit der Stadt Luzern und Kriens verschmelzen und verschiedene Arten von Mobilität zur Verfügung stellen, damit der Verkehr auf allen Ebenen flüssig bleibt. Mit dem Stadtteil Horw Mitte und dem Entwicklungsgebiet LuzernSüd sind Lösungen auf verschiedener Ebene sinnvoll und notwendig. Zudem ist die Hochschule mit ihrer grossen Anzahl von jungen und vielseitig mobilen Menschen für nextbike prädestiniert. So kann man es auch in anderen Städten beobachten, auch wenn es verschiedene Anbieter sind. Nicht zuletzt ist nextbike auch für den Horwer Tourismus sowie die Horwer Gastronomie interessant. Horw wird in den nächsten Jahren zur Stadt und es ist unsere Aufgabe, die Stadt Horw attraktiv zu gestalten.
2. Nextbike ist ein Beschäftigungs- und Integrationsprogramm. Es ist eine grosse Herausforderung, sinnvolle Arbeiten mit grossem Nutzen für Menschen, die in dem Programm sind, zu generieren. nextbike ist ein gutes Beispiel dafür. Das ist auch der Grund, warum sich die Anschubfinanzierung gegenüber der Wirtschaft rechtfertigen lassen soll. Mit 20'700 Franken pro Jahr schaffen wir eine Mobilitätsvielfalt, die sich in Städten wie Luzern bereits bewährt hat. Schön ist, wenn wir das der Bevölkerung auch noch gratis zur Verfügung stellen können.

Die L2O freut sich, die Stadt Horw für die Zukunft fit zu machen.

Eintreten FDP

Ein interessanter B+A wird uns mit dem Antrag auf Anschubfinanzierung für nextbike, ein automatisches Veloverleihsystem, vorgelegt.

Spontan positiv hat die FDP-Fraktion diesen B+A aufgenommen, ist es doch wichtig, die Mobilität der Zukunft stets zu hinterfragen und attraktive, sinnvolle Möglichkeiten zu prüfen. Weiter wird uns bereits auf der ersten Seite des B+As vermittelt, dass es sich dabei nicht nur um ein Mobilitätsprojekt handelt, sondern gleichzeitig um ein Sozialprojekt. Die Caritas, die als Franchisenehmerin dieses Projekt für ein Beschäftigungs- und Integrationsprogramm anbietet, wird nextbike ins Angebot integrieren. Weiter ist den Unterlagen zu entnehmen, dass in Horw bereits sechs Standorte bestehen, wo Bikes gemietet werden können. Dass es für die Gemeinde Horw als Energiestadt wichtig ist, ein solches Projekt zu unterstützen, können wir nachvollziehen.

Die FDP-Fraktion hat sich anlässlich der letzten Fraktionssitzung gefragt, was dieser B+A mit der Anschubfinanzierung von nextbike wirklich beinhaltet. Kurz zur Erklärung oder Bedeutung. Was ist unter einer Anschubfinanzierung zu verstehen? Im Internet habe ich nachgelesen und dort heisst es: Anschubfinanzierung ist eine stützende, finanzielle Massnahme, mit der Anfangsschwierigkeiten eines Projekts überwunden und eine schnellere, günstige Entwicklung herbeigeführt werden soll.

Nextbike wurde 2004 in Deutschland gegründet und seit 2010 besteht dieses Franchiseverhältnis mit der Caritas Luzern. Somit kann nicht mehr von einer Anschubfinanzierung im eigentlichen Sinn gesprochen werden.

Hannes Koch (L2O)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Durch diese Feststellung, haben wir diesen B+A umso genauer hinterfragt, und uns verschiedene Überlegungen pro und contra notiert und besprochen.

- Besteht ein Businessmodell, das Sicherheit für Kontinuität bringt?
- Die Caritas muss für den Franchisevertrag Abgaben an die Firma nextbike leisten.
- Jedes Geschäft wünscht sich eine Anschubfinanzierung, heute redet man von Start-up-Unternehmen, die für innovative Ideen unterstützt werden.
- Wer braucht in Horw diese Fahrräder? Haben wir so viele Touristen? Steigert sich der Bedarf mit mehr Stationen?
- Reden wir hier von einem Mobilitäts- oder eher Sozialprojekt?
- Muss die Gemeinde für Werbung besorgt zu sein?
- Wir wurden informiert, dass das System mit der Art und Weise, ein Velo zu buchen, bereits veraltet ist. Die Reservierung eines Velos ist nicht möglich.
- Wer mietet ein Velo in Emmen und fährt bis nach Stans?
- Autofahrten zur Verteilung der Fahrräder sind nicht umweltfreundlich.
- Schlussendlich würde sich die SUVA freuen, wenn Helme bei einer Mietung mitgebracht würden.

Die Grundidee, die Bevölkerung für die Möglichkeit Fahrräder zu mieten, zu sensibilisieren, kann die FDP unterstützen. Dies kann aber via Homepage der Gemeinde oder des Blickpunkts geschehen.

Das Ziel, das formuliert wird, dass das Velo umweltfreundlich und kostengünstig für den Arbeits- und Privatverkehr ist, ist eigentlich nichts Neues. Es kann unweigerlich Sinn machen, die Bevölkerung gezielt auf den positiven Nebeneffekt der Bewegung und der Gesundheit hinzuweisen.

Die FDP kann diesen B+A, so wie er uns vorliegt, nicht annehmen, bietet jedoch Hand, um den sozialen Aspekt zu unterstützen und könnte folgende Kompromissvorschläge in einem Antrag gutheissen.

1. Die Gemeinde bietet nextbike zusätzlich nötige und gute Standorte auf gemeindeeigenen Plätzen gratis an.
2. Die Gemeinde kauft 40 Saisonabos à 50 Franken für die Horwer Bevölkerung.
3. Die Gemeinde investiert in vier Mitarbeiterräder à 900 Franken.

Die FDP ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1582 und wird den oben erwähnten Antrag je nach Verlauf der Detailberatung stellen.

Eintreten SVP

Die SVP nimmt zum B+A Nr. 1582 wie folgt Stellung: Vor rund zwei Jahren hat man das Veloverleihsystem nextbike mit sechs Stationen und insgesamt 18 Fahrrädern in Horw eingeführt. Die Cruiser-Velos mit 3-Gang-Schaltung wurden in Horw wenig genutzt. Es hat sozusagen bis jetzt nicht rentiert, der Nutzungsgrad liegt lediglich bei 0.7 %. Jetzt empfiehlt uns die Umwelt- und Energiekommission, die Anzahl der Standorte auf 15 auszubauen und den Fuhrpark mit zusätzlichen 27 Velos zu vergrössern. 27 Fahrräder kosten in drei Jahren ohne Werbung 62'100 Franken, also 2'300 Franken pro Velo. Das ist aus unserer Sicht ein stolzer Preis, da die Velos nicht aus der Schweiz kommen, sondern aus Deutschland.

Im heutigen Zeitalter fahren die meisten Radfahrer ein Velo mit 27 Gängen oder ein Elektrovelo und keinen 3-Gänger. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wer ist schon einmal mit einem Cruiser-Velo gefahren?

Roland Bühlmann
(SVP)

Wir finden auch, dass die ganze Finanzierung nicht Sache der Gemeinde ist und ein Sonderkredit dafür genehmigt werden muss. Die SVP-Fraktion hat von A-X Mühe mit dem B+A. Einen Aspekt hat das Projekt, und zwar dass unsere Arbeitslosen ein Beschäftigungsprogramm haben. Da wir keine Neinsager-Partei sind, sondern lösungsorientiert, wie immer, stellen wir in der Detailberatung einen Antrag zur Finanzierung. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1582.

Im Namen der GSK möchte ich eine Bemerkung anbringen. Der B+A behandelt ein soziales Thema, aber die GSK wurde nicht eingeladen, Stellung zu nehmen. Ich möchte den Präsidenten bitten zu eruieren, warum das passiert ist. So eine Vorlage dürfte nicht an der GSK vorbeigehen.

Jörg Conrad (SVP)

Im Beschluss sehen Sie, dass es die Meinung des Gemeinderates war, dass der B+A der GSK vorgelegt wird. Die Traktandenliste für die Einwohnerratssitzung wird aber durch das Büro gemacht und dort werden auch die vorberatenden Kommissionen festgelegt.

Thomas Zemp (CVP)

Ich danke Ihnen für die vielseitigen Eintretensvoten zum B+A. In Horw ist nextbike bereits seit zwei oder drei Jahren im Einsatz, aber wenn man die Nutzungszahlen anschaut, muss man sagen, dass es nicht funktioniert. Jetzt kam die Caritas mit einer Anfrage auf uns zu, ob wir das Velosystem ausbauen wollen. Der Gemeinderat stand dem Anliegen zuerst kritisch gegenüber, nachdem wir das aber geprüft haben müssen wir sagen, dass das Nichtfunktionieren in Horw vielleicht mit der Art und Weise, wie es lanciert wurde, zusammenhängt. Es ist ein Angebot mit einer gewissen Eintrittsschwelle, die überwunden werden muss. Wenn man das schafft, hat das Modell durchaus eine Chance, dass es "fliegt". Konkret zeigt sich das in Hergiswil, wo es letztes Jahr, zum Teil unter dem Label "Energistadt" mit einem grossen Anlass, dem Mobilitätstag, eingeführt wurde. An dem Anlass nahmen der Ständerat des Kantons Nidwalden, Regierungsräte und weitere 500 Personen teil. Mittlerweile sind mehr als 10 % der Bevölkerung von Hergiswil bei nextbike registriert und es wird auch genutzt.

In der Stadt Luzern wurde nextbike nicht gross lanciert und man kommt trotzdem auf 13'000 Ausleihungen. Dort wird 2017 die Post abgehen, denn auch die Stadt Luzern hat beschlossen, dass nextbike 2017 für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern gratis angeboten werden soll.

Wir haben darüber diskutiert, ob wir für die Anschubfinanzierung einen Gemeinderatskredit sprechen sollen. Bewusst haben wir uns dagegen entschieden, weil wir der Meinung sind, dass man das entweder richtig oder gar nicht machen muss. Es nützt nichts, wenn wir das für ein Jahr beschliessen. Wir müssten die Position später ins Budget aufnehmen und wenn es der Einwohnerrat dann anders sieht und ablehnt, hätten wir den Aufwand, alles zu installieren und nach einem Jahr könnten wir wieder alles demontieren. Darum legen wir Ihnen heute den B+A für eine Anschubfinanzierung von drei Jahren vor. Vielleicht ist "Anschubfinanzierung" nicht die ganz richtige Bezeichnung, die wir verwenden, bei der Caritas läuft es unter "Projektofferte nextbike Horw - das Velo-verleihsystem". Es geht darum, das Risiko abzufangen und was wir jetzt beantragen, ist der Maximalbetrag. Wenn das mit der Werbung funktioniert, und das muss ja langfristig funktionieren, denn das System finanziert sich über Werbung und Personen, die für die Nutzung zahlen, und zwar typischerweise nicht für die Einzelbenutzung, sondern 50 Franken pro Jahr. Durch die Werbung hätten wir Einnahmen von rund 12'000 Franken, das relativiert den Betrag dann wieder. Ich kann jetzt aber nicht optimistisch rechnen und Ihnen nur den Minimalkredit beantragen, sondern ich muss die Vollkosten beantragen.

Man kann natürlich sagen, dass das gar nicht so dringend ist, und wir das mit dem Budget beantragen sollen. Das wollten wir aber auch nicht machen, weil 2017 im Zusammenhang mit dem Velohighway - früher hätte man gesagt Langsamverkehrsachse - ein wichtiges Jahr ist, in dem das Angebot gepusht wird und medial viel läuft. Auf diesen Zug würden wir dann aufspringen.

Luzern macht etwas, Emmen macht etwas, Hergiswil hat letztes Jahr angefangen und führt es dieses Jahr fort und auch Stansstad, Stans und Oberdorf sind daran. Hinter dem Projekt stehen sehr innovative Leute, und das nicht nur von der Caritas, sondern vor allem in den Gemeinden, wo schon weiter gedacht wird und man daran ist, zu schauen, dass nextbike Bestandteil vom Passepartout wird. Es wird auch an eine Zusammenarbeit mit den Pilatus- und den Stanserhorn-Bahnen geprüft. Sie arbeiten auch mit Nidwalden Tourismus zusammen und haben die Vision, irgendwann "Bike Zentralschweiz" zu lancieren. Man muss das Projekt wirklich unter verschiedenen Aspekten betrachten und Peter Bucher hat für die BVK gut zusammengefasst, dass das Projekt einen Mobilitätsaspekt, einen Gesundheitsaspekt und einen sozialen Aspekt mit der Caritas enthält, bei dem wir die Möglichkeit haben, Personen, die ausgesteuert sind, in ein Beschäftigungsprogramm zu schicken. Es ist ein Zusammenarbeitsprojekt, zu dem wir einen Teil zusammen mit Emmen, Luzern und Hergiswil liefern und das ist auch immer eine gute Gelegenheit, mit den Kolleginnen und Kollegen rund um Horw zusammenzuarbeiten und Beziehungen zu pflegen, was auch wieder bei anderen Themen hilfreich ist.

Detailberatung

Bericht und Antrag

4 Massnahmen lokal (Horw)

Die Anzahl der Standorte soll von 6 auf 15 erweitert werden. Welches sind die zusätzlichen 9 Standorte?

Roland Bühlmann
(SVP)

Die zusätzlichen Standorte sind noch nicht definiert. Diese würden zusammen mit der Caritas ausgewählt, denn sie haben die Erfahrung und detaillierte Statistiken, wo Velos nachgefragt werden. Wir haben gewisse Vorstellungen, und zwar möchten wir sicher Standorte bei den Hotels, also Felmis, Sternen und Kastanienbaum. Jetzt kann man einwenden, dass man mit einem 3-Gang-Velo nicht zum Hotel Felmis fahren kann, aber gemäss Offerte der Caritas haben die Velos 3 bis 8 Gänge und ich denke, dass sich das Angebot der Velos auch entwickeln wird.

Thomas Zemp (CVP)

Auf der Karte auf S. 2 sehen Sie die Online-Darstellung von nextbike vom 20. Dezember 2016 mit vielen grau markierten Standorten. Grundsätzlich funktioniert nextbike von Mitte März bis Mitte November, in der Stadt Luzern ist es aber so, dass ein paar Velostationen das ganze Jahr über betrieben werden, das sind die blau markierten Standorte.

Wie viele "Mitarbeiterräder" soll es geben? Wieso werden für die "Mitarbeiterräder" 3-Gang-Velos gewählt und nicht ein wenig schnellere Velos? Weiter möchte ich anmerken, dass man auch einen Velohändler aus Horw hätte unterstützen können.

Roland Bühlmann
(SVP)

Es sind drei oder vier Velos in mehr oder weniger gutem Zustand im Keller des Gemeindehauses. Ich habe nicht herausgefunden, wie häufig sie genutzt werden und vom Zustand her sind es eher Velos, die irgendwelche Mitarbeiter der Gemeinde überlassen haben. Es gibt sogar einen Beschluss über die Dienstfahrräder für das Gemeindepersonal.

Thomas Zemp (CVP)

Die Gemeinde arbeitet mit Mobility, wenn ein Auto benötigt wird. Nextbike ist ein Angebot, das dann auch genutzt werden kann, z.B. für Baukontrollen und die alten Velos sollen aus dem Keller verschwinden.

Die CVP stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: "Die Horwer Hotels sollen als geeignete Standorte für nextbike vorgeschlagen werden. Der Verkauf der Werbeflächen soll unter anderem an und über die Horwer Hotels geschehen."

Esther Dissler (CVP)

Können Sie mir erklären, wie das gemeint ist? Die Hotels sollen die Werbeflächen verkaufen?

Urs Rölli (FDP)

Die Idee ist, dass der Verkauf der Werbeflächen an die Hotels übergeben werden kann. Diese können die Werbeflächen selber kaufen und ihre Werbung platzieren oder sie haben die Möglichkeit, die Werbeflächen an jemand anderen zu verkaufen.

Esther Dissler (CVP)

Herr Zemp, ist so etwas möglich? Wenn ja schlage ich vor, den Antrag in zwei Anträge aufzuteilen.

Hannes Koch (L20)

Grundsätzlich ist es so, dass ein Drittel der Werbefläche durch die Caritas bewirtschaftet wird und wir eine Provision erhalten. Zwei Drittel der Werbeflächen gehören uns. Wir zahlen diese im Rahmen der Vereinbarung und können sie vermarkten. Typischerweise natürlich zu den gleichen Konditionen wie die Caritas. Hotels sind für uns die primäre Klientel, damit sie ihren Gästen das Rad zur Verfügung stellen und Werbung platzieren. Das wir irgendein Hotel finden, das für uns Werbung platziert, sehe ich weniger, weil ein administrativer Aufwand entsteht, der für die Hotels nichts einbringt. Die Werbung muss entweder durch uns oder die Caritas vermittelt werden.

Thomas Zemp (CVP)

Den zweiten Satz des Antrages, dass der Verkauf der Werbefläche unter anderem an und über die Horwer Hotels geschehen soll, halte ich für heikel. Das kann man doch nicht den Hotels aufbrummen. Die Formulierung "...über die Horwer Hotels geschehen kann" würde ich ein wenig offener formulieren.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Die CVP-Fraktion zieht den zweiten Teil des Antrages zurück, der Satz kann gestrichen werden.

Esther Dissler (CVP)

Herr Zemp hat über die Vermarktung der Werbeflächen durch die Gemeinde gesprochen. Woher nimmt man die Ressourcen und wie viele Stellenprozente wären das?

Ulrich Nussbaum (FDP)

Es ist richtig, dass unsere Ressourcen beschränkt sind. Typischerweise wäre das eine Arbeit für die Praktikanten der Umweltschutzstelle. Natürlich macht es keinen Sinn, dafür unendlich Ressourcen zu investieren. Wir werden einen gewissen Aufwand betreiben, indem wir das Angebot publik machen und interessante Partner anschreiben. Unser Hauptfokus ist aber nicht, unsere Zeit für die Werbung einzusetzen.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der CVP: "Die Horwer Hotels sollen als geeignete Standorte für nextbike vorgeschlagen werden."

Jürg Luthiger (CVP)

Dem Antrag wird mit 25:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

6 Finanzierung

Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: "Die Finanzierung hat budgetneutral durch bestehende Budgetposten oder durch das Konto Depot Tourismus und/oder aus dem Sozialhilfefonds zu erfolgen."

Wir möchten keinen Sonderkredit in der laufenden Rechnung, sondern das soll dem Depot Tourismus und/oder dem Sozialhilfefonds belastet werden, da nextbike dem Tourismus zugutekommt und ein Projekt zur Wiederbeschäftigung Langzeitarbeitsloser ist.

Das hört sich verlockend an, ich hätte zu dem Vorschlag der SVP aber gerne eine Auskunft vom Gemeinderat. Bei dem Antrag hat man das Gefühl, als hätten wir beim Budget darüber diskutiert und Reserve für die Posten gelassen hätten, so dass man da jetzt einfach ein wenig wegnehmen und anders einsetzen kann. In dieser Situation sind wir aber nicht. Obwohl es uns sehr gut geht sind wir immer daran, möglichst schlank zu budgetieren und häufig werden Positionen auch gestrichen, damit ein gutes Budget vorgelegt werden kann. Von daher möchte ich wissen, welche Budgetpositionen für 20'700 Franken wegfallen, wenn wir den Antrag der SVP annehmen.

Das ist ein sehr moderner Antrag der SVP, der die Zukunft mit einem Globalbudget widerspiegelt. Wenn wir ein Globalbudget hätten, könnten wir solche Diskussionen führen. Mit unserem heutigen Budget ist es aber nun mal so, dass wir sehr detailliert budgetieren, einerseits auf verschiedene Kostenstellen und andererseits auf verschiedene Kostenarten. Das Geld, das die Caritas von uns für Beschäftigungsprogramme erhält, betrifft eine andere Kostenart als das für die Anschubfinanzierung von nextbike. Wir haben keine verschiedenen "Budgettöpfe" in der laufenden Rechnung, aus denen wir einfach jedes Jahr 22'000 Franken herausnehmen können, aber wir haben im Budget einen Betrag für Umweltschutzmassnahmen und Fördergelder für Energie, der nicht fix verplant ist und von dem man einen Teil nehmen könnte. Weiter haben wir ein Depot Tourismuskosten, aus dem man etwas nehmen könnte. Man könnte auch etwas aus dem Fonds für die Ersatzabgabe von Parkplätzen, dem öV-Fonds "Buslinie 21" oder auch aus dem Sozialhilfefonds, der den sozialen Aspekt abdecken würde, nehmen. So gesehen hätten wir Möglichkeiten, das zu machen, es ist aber so, dass ein Teil aus der laufenden Rechnung ist und einen Teil würden wir aus den Fonds nehmen. Im Effekt ist es budgetneutral, es kostet einfach 22'700 Franken pro Jahr.

Wir können mit dem Antrag leben, ich würde ihn aber so formulieren, dass die Finanzierung budgetneutral durch bestehende Budgetpositionen und/oder durch Entnahme aus zweckgebundenen Fonds zu erfolgen hat.

Herr Zemp, ist das Ihre Aussage oder die des Gemeinderates?

Das ist die Aussage des Gemeinderates.

Im Zusammenhang mit dem Votum von Herrn Bühlmann möchte ich betreffend "Sonderkredit" präzisieren und Sie bitten, zwei Sachen nicht miteinander zu vermischen. Das eine ist die Kreditart und das andere ist der Mittelfluss bzw. die Mittelherkunft. Grundsätzlich ist es immer noch ein Sonderkredit, Sie wünschen aber, dass die Mittel einen bestimmten Ursprung haben, z.B. aus einem Depot. Das muss sich nicht gegenseitig ausschliessen. Sie beschliessen heute einen Sonderkredit, aber Sie verlangen mit Ihrem Antrag, woher diese Mittel kommen.

Roland Bühlmann
(SVP)

Hannes Koch (L20)

Thomas Zemp (CVP)

Hannes Koch (L20)

Thomas Zemp (CVP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Antrag betrifft ja nur das momentane Budget. Im Herbst kommt wieder ein neues Budget und dann, wie auch im Folgejahr, werden wieder 22'700 Franken fällig. Ist der Antrag nur für ein Jahr gedacht oder ist die SVP grundsätzlich für den B+A und sagt Ja? Dann müsste sie beim nächsten und übernächsten Budget wieder Ja sagen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Eine Aussage stimmt und die andere stimmt nicht ganz. Es ist richtig, dass Sie die Ausgabe für dieses Jahr beschliessen. Weil es aber ein Sonderkredit ist und Ihnen der Gesamtbetrag bekannt ist, beschliessen Sie bereits auch für die nächsten Jahre und wir müssten bei der nächsten Budgetierung darauf achten, dass wir die Entnahmen aus den Depots so budgetieren.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Sie beschliessen jetzt über den Sonderkredit, dass der Betrag den Fonds entnommen wird, und zwar für alle drei Jahre. Sonst hätte der Gemeinderat auch einen Gemeinderatskredit für ein Jahr beschliessen können. Nachher hätte man die Ausgabe getätigt und beim nächsten Budget hätten Sie vielleicht gesagt, dass Sie das nicht möchten und dann hätten wir das Ganze nur ein Jahr gehabt. Darum beantragen wir einen Sonderkredit im Bewusstsein, über welchen Zeitraum wir das machen möchten und Sie können sagen, ob Sie das möchten oder nicht.

Wenn wir den SVP-Antrag so überweisen würde das heissen, dass der Gemeinderat im nächsten und im übernächsten Jahr dem Depot Tourismus etwas entnimmt, was ja eigentlich für etwas anderes gedacht war, und das Gleiche beim Sozialhilfefonds. Irgendetwas leidet ja dann trotzdem, wie auch Herr Koch gesagt hat.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Das ist nicht so. Weil wir es den Depots entnehmen, die im Moment keine weitere Zweckbestimmung haben, ausser was einmal als Grundzweck definiert wurde. Das Depot "Tourismus" wurde z.B. einmal durch eine Tourismusabgabe gespiesen. Als es in Horw noch einen Verkehrsverein gab, wurde eine Tourismusabgabe erhoben, die für touristische Zwecke verwendet wurde. Als der Verkehrsverein aufgehoben wurde, wurde der Restbetrag einem Depot zugewiesen mit dem Hinweis, dass man daraus dereinst Geld für touristische Zwecke entnehmen kann. Im Moment besteht aber überhaupt keine Bestimmung, wofür das Geld verwendet werden soll und jetzt wäre eine Gelegenheit, das Depot langsam zurückzuführen. Das Gleiche ist beim Depot "öffentlicher Verkehr". Das wurde damals gemacht, als die Linie 21 der vbl übergeben wurde mit dem Auftrag, dereinst daraus etwas für ein öV-Projekt zu finanzieren. Von daher leidet jetzt nichts, denn wir hatten mit dem Depot nichts vorgesehen. Jetzt gibt es die Idee, nextbike aus dem Depot "Tourismus" zu speisen und wir können eine Entnahme machen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich kann nicht im Namen der L2O sprechen, sondern nur in meinem, aber ich halte das für eine sinnvolle Sache und bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Hannes Koch (L2O)

Gemäss Herrn Hermann, Leiter Finanzen, befinden sich in dem Depot "Tourismus" 26'000 Franken. Man kann nextbike in diesem Jahr daraus und im nächsten Jahr aus dem Sozialhilfefonds finanzieren.

Jörg Conrad (SVP)

Herr Bühlmann, sind Sie mit dem Vorschlag von Herrn Zemp für die Formulierung Ihres Antrages einverstanden?

Jürg Luthiger (CVP)

Die SVP-Fraktion ist mit dem Vorschlag von Herrn Zemp einverstanden.

Roland Bühlmann (SVP)

Abstimmung:

Antrag der SVP: "Die Finanzierung hat budgetneutral durch bestehende Budgetpositionen und/oder durch Entnahme aus zweckgebundenen Fonds zu erfolgen."

Jürg Luthiger (CVP)

Dem Antrag wird mit 16:10 Stimmen zugestimmt.

Beilage Projektofferte nextbike Horw - das Veloverleihsystem

Keine Anmerkungen

9 Antrag

Die FDP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen das Sozialprojekt, Ausgesteuerte zu beschäftigen, wir möchten das aber nicht so absolut machen, wie es im B+A präsentiert wird. Wir stellen folgenden Antrag:

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

1. Die Gemeinde bietet nextbike gratis zusätzlich nötige und gute Standorte auf gemeindeeigenen Plätzen an.
2. Die Gemeinde kauft 40 Saisonabonnements à 50 Franken.
3. Die Gemeinde investiert in vier Mitarbeiterräder à 900 Franken.

Frau Strässle, wie soll das mit den 40 Saisonabonnements funktionieren? Wie käme ich als Einwohner dazu, so ein Abo zu nutzen?

Richard Kreienbühl (CVP)

Ich habe kein Businessmodell erarbeitet, was am besten und am geschicktesten ist. In der Aufstellung wird auch nur von Saisonabos gesprochen. Ich gehe davon aus, dass der genaue Ablauf durch die Caritas und die Gemeinde angeschaut wird und ich möchte der Gemeinde auch keinen Vorschlag machen, wie das gehandhabt werden soll.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

So wie es vorgesehen ist, hat die ganze Horwer Bevölkerung gratis Zugriff auf die Velos. Mit den Abos gäbe es eine gewisse Einschränkung und das wird für die, die es benutzen möchten, mit einem gewissen Zusatzaufwand verbunden sein. Das macht es aus meiner Sicht eher unattraktiv, das Angebot zu nutzen.

Richard Kreienbühl (CVP)

Es ist ein wichtiger Bestandteil, nextbike für die Bevölkerung gratis anzubieten, um die Einstiegshürde zu verringern.

Thomas Zemp (CVP)

Zum ersten Antrag der FDP ist zu sagen, dass wir die Plätze bereits heute gratis zur Verfügung stellen. Das ist nichts Neues und das ist auch nicht das Problem der Caritas. Das Businessmodell ist auf Seite 7 der Projektofferte und man sieht relativ transparent, mit welchen Kosten die Caritas rechnet, wenn sie das Angebot ausbaut und unterhält. Das ist das Geniale an dem System, dass es nicht einfach ein Veloverleihsystem ist, bei dem man ein Velo holt und wieder zurückbringt, sondern man kann es an einem Ort holen und an einem anderen wieder abstellen. Dafür wird im Hintergrund ein Service benötigt. Das Problem der Caritas bei der Projektofferte ist, dass sie fixe Kosten in Höhe von ungefähr 23'000 Franken hat und dass sie die irgendwie decken muss. Es nützt ihnen nichts, wenn wir sagen, dass sie es selber machen sollen. Sie sind bei uns vorgestellt geworden und haben gefragt, ob wir ihnen helfen, das Angebot zu finanzieren.

Ich kann noch einflechten, dass in irgendeiner Kommission gefragt wurde, was mit den Velostandorten passiert, die wir heute schon in Horw haben und ob die von der Caritas abgeräumt werden, wenn wir nicht bereit sind, in dem Verbund mitzumachen. Nein, sie werden nicht abgeräumt, weil sie es sich nicht leisten können, dass zwischen Luzern und Hergiswil in Horw eine Lücke entsteht.

Zu der Idee, dass Horw 40 Saisonabos kauft, das funktioniert technisch nicht, weil das System personifiziert ist. Man muss sich als Person registrieren und somit würde das System mit Saisonabos nicht funktionieren und ist so nicht vorgesehen.

Ich bitte die FDP, ihren Antrag zurückzuziehen, da wir darüber gar nicht abstimmen können. Wir haben eine Offerte, über die wir abstimmen können. Was Sie aber verlangen, bedeutet einen Auftrag an den Gemeinderat, eine neue Offerte ausarbeiten zu lassen und da muss zuerst einmal die Caritas mitmachen.

Ich sehe das nicht so. Wenn Sie eine Offerte einholen, können Sie doch problemlos Sachen herausstreichen und am Schluss sagen, was Sie gerne möchten und das kostet dann diesen oder jenen Betrag. Ich glaube nicht, dass wir mit der Caritas nicht verhandeln können. Wir wollten Hand bieten für eine Lösung und ziehen den Antrag nicht zurück.

Ich glaube, dass man dem Antrag so zustimmen kann. Wir könnten uns auch vorstellen, dass die Finanzierung des Antrags auch über die von der SVP vorgeschlagenen Fonds erfolgen würde und von daher bin ich der Meinung, dass das realisierbar ist.

Ich muss widersprechen. Die Caritas ist auf uns zugekommen und hat gesagt, dass sie das Angebot ausbauen wollen, dass das etwas kostet uns sie haben uns um Hilfe gebeten. Jetzt möchten Sie der Caritas sagen, dass sie das Angebot ausbauen sollen, wir aber nur beschränkt helfen, indem wir 40 Abos à 50 Franken kaufen, also 2'000 statt 22'000 Franken geben. Unter den Aspekten gehe ich davon aus, dass die Caritas sagt, dass sie es nicht machen.

Hiess es nicht irgendwo, dass Hergiswil ihrer Bevölkerung soundso viel Gratisvelos anbietet oder ist das ein anderes Modell?

Das ist genau die gleiche Option, wie wir sie in den Kosten unter Punkt 5 vom B+A ausweisen, nämlich die Anschubfinanzierung für 20'700 Franken mit dem Mitarbeiterrad und die Option nextbike gratis für alle Horwerinnen und Horwer für 2'000 Franken. Sie sagen jetzt, 2'000 Franken können Sie geben, aber 20'700 Franken können Sie nicht geben.

Abstimmung:

Antrag der FDP:

1. Die Gemeinde bietet nextbike gratis zusätzlich nötige und gute Standorte auf gemeindeeigenen Plätzen an.
2. Die Gemeinde kauft 40 Saisonabonnements à 50 Franken.
3. Die Gemeinde investiert in vier Mitarbeiterräder à 900 Franken.

Der Antrag wird mit 7:20 Stimmen abgelehnt.

Zum Beschlusstext möchte ich anmerken, dass der Betrag von 68'100 Franken nicht exklusiv, sondern inklusiv MWST ist.

Ivan Studer (CVP)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Jürg Biese (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung Beschluss:

1. Mit 19:7 Stimmen, bei einer Enthaltung, hat die Finanzierung budgetneutral durch bestehende Budgetpositionen und/oder durch Entnahme aus zweckgebundenen Fonds zu erfolgen.
2. Dem Ausbau des Veloverleihsystems nextbike auf 15 Stationen mit 45 Velos wird mit 20:7 Stimmen zugestimmt.
3. Mit 20:2 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird die Option nextbike für alle Horwerinnen und Horwer eingeführt.
4. Mit 19:7 Stimmen, bei einer Enthaltung, wird ein Sonderkredit der Laufenden Rechnung von insgesamt Fr. 68'100.00 inkl. MWST für die Jahre 2017 - 2019 beschlossen.
5. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird mit 19:8 Stimmen zugestimmt.

Jürg Luthiger (CVP)

Der obere Teil des Beschlusstext muss auch noch geändert werden, da die Gesundheits- und Sozialkommission den B+A nicht beraten hat.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Das ist richtig, wir werden den Beschluss entsprechend korrigieren.

Jürg Luthiger (CVP)

Gesamtstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1582, Anschubfinanzierung nextbike, wird mit 20:7 Stimmen zugestimmt.

8. Fragestunde

9. Postulat Nr. 2016-669 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Nachhaltige Entwicklung Seefeld – Gesamtbetrachtung

Das Gebiet Seefeld/Ennethorw ist heute eine heterogene Zone mit Naturschutzzone, Sportplätzen, Gewerbezone und Wohnungsbau. Das Gebiet ist ideal und wunderschön gelegen, stellt sich aber fragmentiert dar und hat keine Identität.

Ivan Studer (CVP)

Mit der Auflösung des Campingplatzes bietet sich für Horw eine einmalige Chance, das zu korrigieren. Das Postulat fordert den Gemeinderat auf, eine gesamtheitliche Planung zu machen, damit alle Aspekte der Gebietsentwicklung miteinbezogen werden können. Insbesondere finden wir es wichtig, dass ein gewisser Ausgleich zur verdichteten Bauweise im Zentrum geschaffen wird, so soll eine Freizone für Sport und Erholung eingeplant werden. In dem Sinne hoffe ich, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt und bedanke mich schon jetzt für die Bearbeitung.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Zemp (CVP)

Sie rennen mit dem Postulat offene Türen ein. Wir sind im Rahmen vom Vertiefungsgebiet III daran, das ist ein Bestandteil von LuzernSüd, das Gebiet ganzheitlich zu untersuchen. Wir bezeichnen das Gebiet als Horw See. Die Aspekte zu dem Gebiet sind sehr vielseitig und unser Betrachtungsperimeter geht von Westen nach Osten, in der Tiefe gehen wir vom See Richtung Kantonsstrasse, die einmal die Stadtkante sein wird, bis zum Campus der Hochschule Luzern, die ein ganz wichtiger Bestandteil des Gebietes Horw See ist. Es geht darum, wie Verbindungen von Norden nach Süden oder von

Westen nach Osten gestaltet werden, wie man das Seeufer erlebbar macht und wie die verschiedenen Nutzungen - die sportlichen über die Freizeitnutzungen bis zur Erholung und dem Naturschutzgebiet - unter einen Hut gebracht werden können. Das Ganze läuft unter dem Vertiefungsgebiet III und dazu wird es auch Mitwirkungsmöglichkeiten geben.

10. Postulat Nr. 2016-670 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Überdachung Bushaltestelle Langensand

An der Bushaltestelle Langensand in Richtung Kastanienbaum, die von der Linie 21 bedient wird, gibt es weder eine Sitzgelegenheit noch eine Überdachung. Die genannte Bushaltestelle wird relativ stark frequentiert, insbesondere von Schülern.

Roger Eichmann
(CVP)

Ich bitte den Gemeinderat, das Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, ob die Haltestelle zumindest mit einer Überdachung ausgerüstet werden könnte. Finanzieren könnte man eine solche Überdachung zum Beispiel mit dem Fonds Buslinie 21, der ja jetzt noch aufgrund des Verzichtes der Ampelanlage existiert.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Robert Odermatt
(SVP)

Es muss geprüft werden, ob aufgrund der jetzigen Frequenzen das Anliegen gerechtfertigt ist. Wir werden eine Gesamtbetrachtung mit anderen Bushaltestellen auf unserem Gemeindegebiet machen, die noch keine Überdachung haben.

11. Postulat Nr. 2016-671 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Bebauungsplan Winkel - wie weiter?

Am 25. September 2016 hat das Stimmvolk der Gemeinde Horw den aufgelegten Bebauungsplan Kernzone Winkel klar abgelehnt. Gemäss dem Bau- und Zonenreglement bleibt aber die Bebauungsplanpflicht in der Kernzone Winkel bestehen. Das heisst, es ist ein neues planrechtliches Verfahren notwendig.

Roger Eichmann
(CVP)

Mit diesem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, das planrechtliche Verfahren wieder aufzunehmen und die verschiedenen Anliegen von Grundeigentümern, Umwelt- und Quartierorganisationen aufzunehmen und auch entsprechend zu berücksichtigen. Sinnvollerweise in einem partizipativen Verfahren.

Aufgrund vom klaren Abstimmungsergebnis wird man den gesetzlichen Ermessensspielraum enger auslegen müssen. Der Gemeinderat wird gebeten, auf die im Postulat aufgeführten gesetzlichen Bestimmungen besonders zu achten. Ich möchte insbesondere die Dachgestaltung und die Wahrung des historischen Charakters hervorheben. Es würde eventuell Sinn machen, mit dem Bebauungsplan auch gleich ein konkretes Bauprojekt aufzulegen. Denn mit dieser Massnahme könnte man irreführende Visualisierungen – wie wir sie im Abstimmungskampf erlebt haben – vorbeugen.

Ich bitte den Gemeinderat, das vorliegende Postulat in dieser Form entgegenzunehmen.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben der Hochschule Luzern - Soziale Arbeit einen Auftrag erteilt, zusammen mit uns in einem moderierten Verfahren mit allen beteiligten Interessengruppen innerhalb der nächsten sechs Monate die gemeinsame Basis zu ermitteln. Aufbauend auf dieser vertrauensbildenden Massnahme möchten wir dann wieder die Planung des Bebauungsplanes angehen. In dem Verfahren soll sich zeigen, welche Punkte wichtig und welche weniger wichtig sind.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass das Postulat den Fortschritt im Winkel nicht fördert und auch die verfahrenre Situation nicht zu lösen vermag. Es verkompliziert die heute schon schwierige Ausgangslage und legt aus unserer Sicht dem Gemeinderat beim weiteren Vorgehen mehr Steine in den Weg, als dass es helfen würde.

Jürg Biese (FDP)

Durch das Aufführen von ausgewählten Bestimmungen aus dem Bau- und Zonenreglement werden dem Gemeinderat weitere Restriktionen und Priorisierungen aufgebürdet, die offensichtlich für den Postulanten wichtig sind. Es ist aber nicht klar, ob das genau die Punkte sind, die auch für die damals einsprechenden Organisationen und Privatpersonen höchste Priorität haben und ausschlaggebend sind, damit ein Bebauungsplan für alle Betroffenen verträglich und akzeptabel wird.

Aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulats.

Die planungs- und baugesetzlichen Grundlagen sind klar, diese sind für den Gemeinderat auch ohne das Postulat gegeben. Das Ermessen ist Sache des Gemeinderates und auch dafür ist eine Überweisung des Postulats nicht notwendig. Ob und wie weit der Gemeinderat auf die Bevölkerung zugeht, sie einbindet und in welcher Form, kann er auch ohne das Postulat entscheiden. Angesichts der Bedeutung ist es unserer Fraktion lieber, bei Feld Null anzufangen, als schon wieder erste Vorgaben und erste Inputs zu geben und diese dann in einem Abstimmungskampf zum Gegenstand von Pro und Contra zu machen. Unsere Fraktion spricht sich ebenfalls gegen eine Überweisung des Postulats aus.

Reto von Glutz (SVP)

Abstimmung:

Die Überweisung des Postulats Nr. 2016-671 wird mit 11:16 Stimmen abgelehnt.

Jürg Luthiger (CVP)

Jürg Luthiger
Einwohnerratspräsident

Oliver Imfeld
Sekretär

Beat Gähwiler
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 20. Februar 2017